

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

| | |
|-----------------------------|---|
| Herr Dr. Martin Theisohn | Seniorenvertretung der Stadt Köln |
| Herr Thilo Fußten | Schwips e.V. |
| Frau Uta Grimbach-Schmalfuß | Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis |

Verwaltung

Dr. Anne Bunte
Frau Eva Dorgeloh
Frau Birgit Gunia-Hennecken
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Tobias Käufer
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner
Herr Stephan Neuhoff
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Bernd Rosenberger
Herr Jörg Simon
Herr Frank Stobbe

Schriftführer

Herr Volker Kaune

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

| | |
|-------------------------|--------------------------|
| Herr Dr. Jürgen Zastrow | CDU |
| Herr Thomas Eichmüller | auf Vorschlag der Grünen |

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Änderungswünsche oder Anregungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Somit wird die Tagesordnung inklusive der Nachtragstagesordnung wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Kinder psychisch kranker Eltern. Mündlicher Bericht

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Regionale Einrichtung für Tuberkulosekranke
hier: Mündliche Anfrage von Frau Hollmann in der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren am 12.09.2013 , TOP 3.4
3434/2013

2.2 Aktuelle Flucht- und Rettungspläne in Kölner Schulen und Kindertagesstätten
Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am
24.09.2013, AN/0995/2013
3504/2013

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln
2594/2013

5.2 Verlängerung der Sperrbezirke im Kölner Süden; Antrag an die Bezirksregierung Köln
3407/2013

5.3 Beschaffungsprogramm für die Fahrzeuge des Feuerschutzes 2013
2944/2013

5.4 Beschluss der Satzung über den Luftrettungsdienst der Stadt Köln sowie Beschluss von überplanmäßigen Aufwendungen
3211/2013

5.5 Ersatzbeschaffung von 91 explosionsgeschützten Handfunkgeräten für den Einsatzdienst der Feuerwehr Köln
3327/2013

5.6 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch
3892/2012

5.7 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler
hier: Baubeschluss
3801/2012

6 Mitteilungen

6.1 Sachstandsbericht zur Durchführung der Beschäftigtenbefragung "Arbeitssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln"
2785/2013

6.2 Informationsveranstaltung "Zuwanderung aus Südosteuropa" am 04.11.2013

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Beschlussvorlagen

11.1 Prüfbericht Verfahrensabläufe von Softwarebeschaffungsprojekten bei 37 -
Berufsfeuerwehr
2218/2013

12 Mitteilungen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A. Kinder psychisch kranker Eltern. Mündlicher Bericht

Frau Dorgeloh, Leiterin der Abteilung Soziale Psychiatrie und Frau Gunia-Hennecken aus der Abteilung Psychiatrie- und Suchtkoordination, Gesundheitsberichterstattung- und aufklärung referieren anhand einer der Niederschrift beigefügten Powerpoint-Präsentation über das Thema „Kinder psychisch kranker Eltern“.

Thematisch beschäftigt sich der Vortrag mit der aktuellen und zukünftigen Arbeit in diesem Bereich und besonders deren weiteren Finanzierungsbedarf.

Danach werden die Fragen der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach, SB Frau Houben und RM Herrn Dr. Strahl von Frau Gunia-Hennecken beantwortet.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für den informativen Vortrag. Sie bittet darum, das Thema zur Klärung der weiteren möglichen Finanzierung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses zu setzen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Regionale Einrichtung für Tuberkulosekranke hier: Mündliche Anfrage von Frau Hollmann in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.09.2013 , TOP 3.4 3434/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.2 Aktuelle Flucht- und Rettungspläne in Kölner Schulen und Kindertagesstätten Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 24.09.2013, AN/0995/2013 3504/2013

SB Frau Houben bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage, hat allerdings eine Nachfrage zum Thema horizontale Rettung.

Herr Neuhoff, Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, erläutert aus der von der Gebäudewirtschaft erstellten Beantwortung, dass hier wohl die, wie auch in Krankenhäusern übliche, horizontale Verbringung der Schülerinnen und Schüler in Nachbarräume eines abgetrennten Brandschutzabschnittes gemeint sei.

Herr Neuhoff bestätigt auf Nachfrage von SB Frau Houben, dass die Verantwortung für die Flucht- und Rettungspläne bei den einzelnen Schulen läge, ergänzt allerdings,

dass die Pläne im Rahmen der regelmäßigen Brandschau durch die Feuerwehr überprüft würden.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

**5.1 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln
2594/2013**

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach weist darauf hin, dass die Vorlage, die bereits auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses stand, auf Wunsch der CDU-Fraktion geschoben wurde, in der Sitzung dennoch eine Reihe von Fragen beantwortet werden konnten. Einige Fragen seien aber offen geblieben. Sie schlägt vor, dass der Gesundheitsausschuss die Vorlage, wie auch der Ausschuss für Soziales und Senioren, verabschiede. Da die Vertreter der Fachverwaltung in dieser Sitzung verhindert seien, bittet sie dann darum, die noch offenen Fragen schriftlich beantworten zu lassen.

RM Herr Dr. Strahl stimmt dieser Vorgehensweise zu. Er macht aber deutlich, dass die CDU-Fraktion weiterhin Vorbehalte hinsichtlich der Finanzierung, des Umfangs der Bauausführung und der Vereinbarkeit mit europäischem Recht hege.

SB Frau Houben möchte wissen, ob die aktuell aufgestellten Toilettencontainer Bestandteil des Toilettenkonzeptes seien oder ob die geplanten Toiletten ästhetisch attraktiver geplant seien.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Verwaltung gemeinsam mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH & Co. KG (AWB) erstellte Toilettenkonzept zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG (AWB) mit der Errichtung und dem Betrieb der öffentlichen Toilettenanlagen unter Einbeziehung der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) im Rahmen einer Inhouse-Vergabe zu beauftragen und ermächtigt die Verwaltung, einen unbefristeten Vertrag auf Basis des Konzeptes abzuschließen.
3. Für die bereits 2014 aus dem abzuschließenden Vertrag umzusetzenden Maßnahmen werden zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen in Höhe von 96.500 € im Teilplan 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung – Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2014 freigegeben.
4. Der Rat beschließt, die bis 31.12.2014 befristete Maßnahme eines Toilettenangebots über private Unternehmen (z.B. Gaststätten) über das Jahr 2014 hinaus fort-

zuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Verlängerung der Sperrbezirke im Kölner Süden; Antrag an die Bezirksregierung Köln
3407/2013**

SB Frau Houben begrüßt die Vorlage, hätte sich aber gewünscht, dass aufgrund der Finanzlage der Stadt Köln kein Nachtrag in Form der Verteilung der korrekten Pläne notwendig gewesen wäre.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für zunächst ein Jahr in Kraft getretenen und dann um zwei Jahre bis zum 01.05.2014 verlängerten temporären Sperrbezirk für Straßenprostitution in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für drei Jahre in Kraft getretenen 24-Stunden Sperrbezirk (Köln Meschenich) für Straßenprostitution im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.
3. Der mit Ratsbeschluss vom 07.04.2011 eingerichtete Beirat, der die Entwicklung im Zusammenhang mit den Sperrbezirksregelungen begleitet, wird gebeten, seine Arbeit fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Beschaffungsprogramm für die Fahrzeuge des Feuerschutzes 2013
2944/2013**

RM Herr Dr. Strahl vermisst Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Kommunen hinsichtlich der Nutzungsdauer von Fahrzeugen.

Herr Neuhoff als Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz weist hier auf die intensive Bedarfsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt hin, deren Bestandteil auch die mittlere Nutzungsdauer der Fahrzeuge sei. Auch müsse die Ersatzteilsituation für ältere Fahrzeuge kritisch gesehen werden. Die technischen Neuerungen z.B. bei Sicherheitseinrichtungen müssten hier zusätzlich berücksichtigt werden.

RM Herr Dr. Strahl stimmt dem zu, hätte aber einen Vergleich begrüßt.

RM Herr Peil fragt an, ob die alten Fahrzeuge eventuell von Partnerstädten weiterverwendet werden könnten.

Herr Neuhoff als Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz teilt mit, dass entsprechend nutzbare Fahrzeuge auch an Partnerstädte

zum Schätzwert abgegeben würden. Die restlichen Fahrzeuge würden versteigert, wobei hier ein Erlös von 5.000 € bis höchstens 15.000 € pro Fahrzeug zu erzielen sei.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss ist mit dem Beschaffungsprogramm 2013 für die Fahrzeuge des Feuerschutzes (Anlage 1) einverstanden.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Beschluss der Satzung über den Luftrettungsdienst der Stadt Köln sowie Beschluss von überplanmäßigen Aufwendungen
3211/2013**

SB Frau Houben möchte wissen, aus welchem Grund in § 5 der Satzung über den Luftrettungsdienst Angehörige als Begleitpersonen in Hubschraubern ausgeschlossen seien.

Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner, Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, erläutert, dass in Hubschraubern eine bestimmte Höchstpersonenzahl zugelassen sei und eine Überladung zu gefährlich wäre. Dieser Passus stehe in der Satzung, da Begleitpersonen in Rettungstransportwagen ausdrücklich zugelassen seien und dies nicht auf Rettungshubschrauber übertragen werden solle. Es gebe sicherlich im Einzelfall Ausnahmen, etwa bei Müttern mit Kindern, die Verantwortung und Entscheidung liege aber allein beim Piloten.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Satzung über den Luftrettungsdienst der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Satzung tritt zum 01.01.2014 in Kraft.
2. Der Rat nimmt zustimmend Kenntnis von der als Anlage 2 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.
3. Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von 972.000 € im Teilplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, in der Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) im Haushaltsjahr 2014.
Der überplanmäßige Aufwand wird durch Mehrerträge im Teilplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, in der Teilplanzeile 4 (öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte) in entsprechender Höhe gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.5 Ersatzbeschaffung von 91 explosionsgeschützten Handfunkgeräten für den Einsatzdienst der Feuerwehr Köln
3327/2013**

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, wie viele Geräte existieren.

Herr Neuhoff als Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz informiert, dass 91 Geräte existierten, somit alle ersetzt würden.

RM Herr Dr. Strahl möchte wissen, ob nicht zunächst 50 Geräte ersetzt werden könnten und die übrigen Geräte mit den Ersatzteilen aus den ersetzten Geräten instand gesetzt werden könnten.

Herr Stobbe, Abteilungsleiter Gefahrenabwehr II, Technik und Gebäude, teilt mit, dass aktuell schon verschiedene Führungspositionen auf explosionsgeschützte Handfunkgeräte verzichten müssten. Einige Wachen müssten auch schon mit Funkgeräten arbeiten, die in ihrer Funktionalität eingeschränkt seien. Außerdem fiele die Zulassung der Geräte im nächsten Jahr weg.

RM Herr Dr. Strahl fragt weiterhin nach, warum nicht direkt digitale statt analoge Geräte beschafft würden.

Herr Neuhoff als Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz informiert, dass in Köln 146 feste Gebädefunkanlagen unterhalten würden (z.B im Bahnhof oder am Flughafen), die analog funktionieren.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung von 91 explosionsgeschützten Handfunkgeräten für die Feuerwehr Köln an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.6 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch 3892/2012

RM Herr Dr. Strahl würde die Vorlage gerne noch einmal schieben, da sie nicht in der nächsten Ratssitzung behandelt werden könne, da die Vorlage den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft am 09.12.2013 nicht passiert habe.

Herr Stadtdirektor Kahlen bittet darum, mitzuteilen, welche Informationen die Verwaltung noch geben müsse, damit die Vorlage im Gesundheitsausschuss beschlossen werden könne und die Beschlussfassung durch den Rat nicht erst in 2 Monaten erfolgen könne.

RM Herr Strahl entgegnet, dass die CDU-Fraktion Probleme mit den Finanzen habe, da die in der Vorlage dargestellten Kosten wesentlich über der ursprünglichen Schätzung lägen. Er könne die Notwendigkeit einzelner Positionen nicht beurteilen, da er dafür nicht tief genug in der Materie sei. Er wünsche sich eine Instanz, die prüfe, ob die dargestellten Notwendigkeiten fundiert seien.

RM Herr Paetzold weist darauf hin, dass die Verwaltung aus seiner Sicht die Notwendigkeit ausführlich dargestellt und begründet habe und sich der Gesundheitsausschuss primär mit den gesundheitlichen Aspekten sowie den Vorteilen für den Brand- und Katastrophenschutz und nicht mit der Fachmaterie des Bauausschusses beschäftigen müsse.

RM Herr Peil informiert, dass die Vorlage im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft auf Wunsch der CDU-Fraktion geschoben worden sei, ohne dass noch Fragen gestellt werden konnten.

Nach Aussage von Herrn Stadtdirektor Kahlen sei es ein großer Fehler der Verwaltung gewesen, sich bei der Kostenschätzung für die Maßnahme auf die Machbarkeitsstudie zu stützen. Die Studie sei maximal der Leistungsphase 0 zuzurechnen. D.h. die gesamte Grundlagenermittlung, die Basis für eine solide Kostenschätzung sei und in der Leistungsphase 1 und 2 erfolge, habe in der Studie keine Rolle gespielt. Er bittet eindringlich darum, die Vorlage nicht zu schieben, da bis zur Ratssitzung noch genügend Zeit sei, offene Fragen zu beantworten.

SB Frau Houben berichtet, dass sie die Notwendigkeit der Generalsanierung durch eigene Anschauung nachvollziehen könne. Sie fragt noch an, ob nicht zur Energiegewinnung auch die auf der benachbarten Pferderennbahn anfallende Biomasse genutzt werden könne.

Herr Stobbe, Abteilungsleiter Gefahrenabwehr II, Technik und Gebäude erläutert hierzu, dass regenerative Energien im Konzept z.B. durch das Projekt „Celsius- Wärme aus Abwasser“ Berücksichtigung fänden.

Herr Neuhoff als Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz ergänzt, dass neben der Nutzung von Wärme aus Abwasser auch die Photovoltaik eine Rolle spiele und sagte die Prüfung der eventuellen Nutzung von Biomasse zu.

RM Herr Paetzold schließt sich der Argumentation von Herrn Stadtdirektor Kahlen an und schlägt vor, die Vorlage ohne Votum des Gesundheitsausschusses in den Rat zu schieben.

Von RM Herrn Peil wird darauf hingewiesen, dass noch bestehende Fragen kurzfristig schriftlich gestellt werden könnten.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig ohne Votum an den Rat verwiesen.

**5.7 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler
hier: Baubeschluss
3801/2012**

Beschluss:

1. Der Rat genehmigt die Kostenberechnung zur Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 6 in Köln Chorweiler und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und der Baudurchführung mit Gesamtkosten von 1.718.183 €
2. Der Rat beschließt die erste Freigabe der zur Baudurchführung notwendigen Mittel in Höhe von 500.000 € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen, bzw. Finanzstelle 3701-0212-6-5545 „Neubau Halle FW 6“, Haushaltsjahr 2013

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Sachstandsbericht zur Durchführung der Beschäftigtenbefragung "Arbeitssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln" 2785/2013

Aufgrund der gemeinsamen Sondersitzung der Ausschüsse Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales sowie des Gesundheitsausschusses am 26.11.2013 nimmt der Gesundheitsausschuss die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Informationsveranstaltung "Zuwanderung aus Südosteuropa" am 04.11.2013

Frau Dr. Bunte referiert anhand einer der Einladung beigefügten Powerpoint-Präsentation über die gesundheitlichen Aspekte, die in der Veranstaltung vorgestellt wurden.

RM Herr Peil merkt an, dass die Freizügigkeit neben den problematischen Aspekten auch den Effekt habe, dass aus diesen Ländern gut ausgebildete Kräfte nach Deutschland kämen, die zunehmend auch im Gesundheitswesen einen Arbeitsplatz fänden, obwohl sie auf Kosten der Heimatländer ausgebildet worden seien. Eine Willkommenskultur solle sich auf alle Menschen beziehen, egal aus welchem Grunde sie nach Deutschland kommen. Er lobt das Gesundheitsamt dafür, dass es trotz geringer Ressourcen viel für diesen Personenkreis tue. Er regt hier an, in der Politik darüber nachzudenken, ob nicht für das Gesundheitsamt mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssten. Je früher beispielsweise Kinder gefördert würden, desto weniger Bedarf an zusätzlichen Ressourcen sei später gegeben. Auch wünsche er sich mehr Rechtssicherheit zu dieser Thematik.

SB Frau Houben fragt an, welche Bedeutung der in der Gesamtpräsentation vom 04.11.2013 verwandte Begriff des Unterhaltsvorschlusses in Zusammenhang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa habe.

Frau Beigeordnete Reker sagt zu, diesen Sachverhalt vom zuständigen Amt für Soziales und Senioren klären zu lassen.

SE Frau Brunelli möchte speziell zur Versorgung von Jugendlichen wissen, wie es sich hier mit der Kostenübernahme verhalte und in welcher Form die schwangeren Frauen bei der Entbindung etwa sprachlich unterstützt würden.

Frau Dr. Bunte erläutert, dass die Malteser Migranten Medizin - gerade auch bei der medizinischen Versorgung von Kindern - steigende Fallzahlen verzeichne, es sich dort aber nicht um ein aufsuchendes Angebot handle, die Patientinnen und Patienten somit dorthin kommen müssten. Hier würden auch Früherkennungsuntersuchungen mit den entsprechenden Impfungen angeboten. Patientinnen mit gynäkologischen Fragestellungen werden nach Absprache auch im Gesundheitsamt untersucht. Vor der Frage der sprachlichen Betreuung bei der Entbindung müsse primär geklärt werden, ob die medizinische Versorgung durch eigene Mittel oder durch eine Krankenversicherung bezahlt würde.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach schließt sich der Anregung von RM Herrn Peil an, die Ressourcen auszuweiten und geht davon aus, dass diese Thematik

auch zukünftig auf der Tagesordnung stehe. Auch sei das Problem der stationären Behandlung dieses Personenkreises noch nicht geklärt.

7 Mündliche Anfragen

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt nach dem Sachstand der Konzeptentwicklung zur Bekämpfung der Glücksspielsucht, welche in der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 29.01.2013 (TOP 6.4) in Aussicht gestellt wurden. Die Verwaltung wird hierzu in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses berichten.

Schmerbach
Ausschussvorsitzende

Kaune
Schriftführer